

ALLES, WAS RECHT IST



Besitzschutzverfahren



Reinhard Pitschmann,
Rechtsanwalt/Vaduz
www.anwaltpartner.li

Das Sachenrecht versteht unter Besitz die tatsächliche Gewalt über eine Sache. Es schützt insbesondere den Besitz als tatsächliche Gewalt gegen Entziehung und Störung durch verbotene Eigenmacht. Ein Besitzer kann gegen den Besitzentzieher Klage

erheben. Der Besitzschutz ist als Schutz der tatsächlichen Gewalt über die Sache gedacht und kann im Fall einer Besitzentziehung nur dann verweigert werden, wenn der Besitzentzieher sofort ein besseres Recht nachweist und aufgrund dieses Rechts den Kläger sofort wieder abverlangen könnte. Durch einen Besitzschutzprozess sollen eigenmächtige Veränderungen der Besitzsituation ohne Rücksichtnahme auf die tatsächliche materielle Rechtslage schnell wieder rückgängig gemacht werden können.

Mehr Personenwagen im Oktober 2010

VADUZ – Im Juli wurden in Liechtenstein insgesamt 174 neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert, davon waren 142 Personenwagen. Somit ergab sich im Jahresvergleich bei den Fahrzeugen eine Erhöhung von 21,7 Prozent und bei den Personenwagen eine Steigerung von 24,6 Prozent. Bei den Personenwagen verzeichnete die Marke VW im Oktober mit 21 Fahrzeugen am meisten Neuzulassungen, gefolgt von BMW (20), Audi (13), Renault und Toyota (je 12). Der Anteil mit Dieselmotoren betrug 45,1 Prozent. 53,5 Prozent der neu zugelassenen Personenwagen wiesen Benzinmotoren auf. (pd)

Beliebteste Automarken 2010 *

Marke	Anzahl neu gemeldete Autos
1. Volkswagen	215
2. Audi	141
3. BMW	129
4. Toyota	120
Total	1498

* Zeitraum: Vom Januar bis Oktober

AUS DER REGIERUNG

Milchqualitätsgesetz soll aufgehoben werden

VADUZ – Die Regierung hat den Vernehmlassungsbericht über die Aufhebung des Gesetzes zur Förderung der Qualität und Hygiene von Milch und Milchprodukten genehmigt. Damit soll die Parallelgesetzgebung Schweiz-Liechtenstein im Bereich Milchqualität und Milchprüfung aufgehoben werden, da die Beibehaltung des nationalen Rechts zukünftig nicht mehr konsistent mit der neuen schweizerischen Rechtslage wäre. In der Schweiz wird ab 1. Januar 2011 die Milchprüfungsverordnung die Milchqualitätsverordnung ersetzen. (red/paf)

FBP AKTUELL ZUR ABGELTUNGSSTEUER

Ein überholtes Modell?

Standpunkt des stellvertretenden FBP-Abgeordneten Helmuth Büchel

Altbundesrat Hans Rudolf Merz gab vor Kurzem an seinen letzten Tagen als Bundesrat zwei grosse Verhandlungserfolge bekannt. Mit Deutschland und Grossbritannien konnte er sich auf eine Grundsatzklärung nach dem Prinzip «Abgeltungssteuer statt Datenaustausch» einigen.

Diese Grundsatzklärung setzt Eckwerte zur Lösung des Streits ums Bankgeheimnis und die Steuerhinterziehung. Kernpunkt ist die Abgeltungssteuer, mit welcher Steuerländer ihr Geld in der Schweiz mit einer einmaligen Zahlung legalisieren und auf künftige Erträge auf Kapitalien bezahlen. Die Kunden können damit anonym bleiben und leisten trotzdem ihre Steuerschuld an ihr Heimatland. Dieses Verhandlungsergebnis wird von den Schweizer Medien und von verschiedenen Parteien gelobt, dem scheidenden Bundesrat wird grossen Respekt gezollt. Medien und Parteien bewerten diese Grundsatzklärung als Erfolg und als Stärkung für den Finanzplatz Schweiz.

Regierungschef wies Forderung zurück

In Liechtenstein ist die Situation grundlegend anders. Im August 2009 veröffentlichte Regierungschef Klaus Tschütscher sein Verhandlungsergebnis mit Grossbritannien. Dieses geht weit über den von der OECD geforderten Standard, was zu heftiger Kritik führte. Damals forderte die Treuhändervereinigung lautstark, dieses Abkommen und besonders das dazugehörige «Memorandum of Understanding» abzulehnen und dafür mit Grossbritannien eine Vereinbarung auf Basis einer Abgeltungssteuer auszuhandeln. Der Regierungschef wies damals diese Forderung zurück, da die Abgeltungssteuer ein überholtes Modell sei, das zudem von Grossbritannien abgelehnt werde.

Es scheint, dass dem Regierungschef der zeitliche Faktor wichtiger



Helmuth Büchel: «Der Regierungschef scheint nun mit 15-monatiger Verspätung erkannt zu haben, dass die Abgeltungssteuer doch nicht so überholt ist, wie er damals sagte.»

war als der Inhalt des Vertrages. Oberste Priorität des Regierungschefs war es, so rasch als möglich ein Verhandlungsergebnis mit dem Inselstaat präsentieren zu können. Dass dieses Vertragsergebnis für unser Land und unseren Finanzplatz positiver ausfallen hätte können, wissen wir nun spätestens, seit das Verhandlungsergebnis der Schweiz bekannt ist. Erstaunlicherweise erhält die Schweiz damit das, was Regierungschef Klaus Tschütscher im August 2009 als überholtes Modell bezeichnete.

Und auch der FMA-Aufsichtspräsident Michael Lauber forderte letzte Woche bei einer Tagung in der Hochschule Liechtenstein eine ähnliche Lösung für Liechtenstein, um ein Regelgefälle zwischen den beiden Finanzplätzen zu verhindern. Das Modell der Abgeltungssteuer bezeichnete er als «spannende Lösung».

Weshalb wird mit der Schweiz eine Abgeltungssteuer vereinbart und mit Liechtenstein nicht? Dass dem so ist, hat auch mit dem Macht-

wechsel in Grossbritannien zu tun. Bekanntlich fanden diesen Frühling in Grossbritannien Parlamentswahlen statt. Im Vorfeld dieser Wahlen sagten alle Umfragen einen Machtwechsel voraus, der dann auch eintrat. Diesen Machtwechsel wartete die Schweiz ab. Dies aus der Überlegung, dass mit den nun regierenden Konservativen eine für die Schweiz vorteilhaftere Lösung vereinbart werden kann, als mit der damals regierenden Labour Partei.

Der Regierungschef wird vom überholten Modell überholt

Der jetzt bekannt gewordene Erfolg der Schweiz bestätigt, dass diese abwartende Taktik richtig war. Unser Regierungschef wollte auf diesen Machtwechsel nicht warten und nahm dafür in Kauf, dass unser Finanzplatz gegenüber jenem der Schweiz nun bezüglich Grossbritan-

nien einen Standortnachteil in Kauf nehmen muss. Für Altbundesrat Merz war somit der Inhalt des Vertrages wichtiger als der zeitliche Faktor und dies zu Recht, wie das Ergebnis nun zeigt.

Doch auch der Regierungschef scheint nun mit 15-monatiger Verspätung erkannt zu haben, dass die Abgeltungssteuer doch nicht so überholt ist, wie er sagte. Mit Deutschland befindet sich Liechtenstein momentan in Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen, welches analog zur Schweiz ebenfalls auf Basis einer Abgeltungssteuer abgeschlossen werden soll. Wahrscheinlich ist dies sein Eingeständnis, dass er letztes Jahr zu voreilig den Vertragsabschluss mit Grossbritannien suchte. Der Regierungschef setzt in den Verhandlungen mit Deutschland also nun auch auf das von ihm bezeichnete überholte Modell. Er wird vom überholten Modell überholt.

Helmuth Büchel,
stv. FBP-Landtagsabgeordneter

FBP-TERMINE

Nominationsversammlungen

Die Termine im Überblick

- **Triesenberg:** Freitag, 12. November, 19.30 Uhr, Restaurant Edelweiss
- **Gamprin-Bendern:** Sonntag, 14. November, 18 Uhr, Vereinshaus Gamprin
- **Eschen-Nendeln:** Dienstag, 16. November, 19 Uhr, Mehrzweckgebäude Eschen
- **Schaan:** Mittwoch, 17. November, 19 Uhr, SAL-kleiner Saal (ehemals Rathaus-saal)
- **Triesen:** Sonntag, 28. November, 19 Uhr, Gasometer

Ins Schwarze treffen

ESCHEN-NENDELN – Die FBP-Ortsgruppe Eschen-Nendeln lädt alle Jungen und Junggebliebenen zum Luftgewehrschiessen ein:

- **Wo:** Sportpark Eschen/Mauren, vollautomatische Luftgewehranlage
- **Wann:** Samstag, 13. November, 18 Uhr – anschliessend Beisammensein bei Speise und Trank.

• **Anmeldung:** An Obmann René Ritter, Telefonnummer 794 23 40 oder per E-Mail an reda.ritter@adon.li.

Die FBP-Ortsgruppe Eschen-Nendeln freut sich auf viele Teilnehmer.

Frühschoppen in Schaanwald

MAUREN-SCHAANWALD – Die FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald lädt alle Freunde und interessierte Kreise zum traditionellen Herbstfrühschoppen in Schaanwald ein. Dieser findet am Sonntag, den 21. November, ab 10.30 Uhr im Fo-

yer des Zuschg-Gebäudes statt. Nutzen Sie hierbei die Gelegenheit, mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat ins Gespräch zu kommen.

Neben interessanten Neuigkeiten aus der Ortsgruppe erfahren die Gäste alles Wichtige über aktuelle Gemeindeagenden. Vorsteher Freddy Kaiser wird über die Sanierung der Theresienkirche Schaanwald, die Zentrumsgestaltung Schaanwald sowie über das Projekt «Älter werden in Mauren» informieren und für Fragen zu diesen und anderen Themen zur Verfügung stehen. Natürlich stehen den Gästen auch Mitglieder der FBP-Gemeinderatsfraktion Rede und Antwort.

Der Vorstand der FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald würde sich freuen, Sie an diesem Frühschoppen begrüssen zu können.

FBP
LIECHTENSTEIN

Renate Müssner am Wiener Klimadialog



VADUZ/WIEN – Gestern und heute nimmt Umweltministerin Renate Müssner (Foto) auf Einladung des österreichischen Bundesministers Berlakovich an einem Gedankenaustausch über die Möglichkeiten und Perspektiven für einen Erfolg der Klimakonferenz von Ende November in Cancún teil. «Das Treffen bietet die Möglichkeit, in ungezwungener Atmosphäre zu diskutieren, wie ein ambitioniertes, faires und ausgewogenes Ergebnis in Cancún erreicht werden kann», heisst es in einer Presseaussendung der Regierung. (red/paf)